

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wir würden uns von den neuen Regierungsfractionen, auch von den Grünen, wünschen, dass sie nicht nur Andeutungen machen, sondern konkret sagen: Was haben Sie in diesem Bereich vor? Oder ganz konkret: Wo wollen Sie bei den Beamten sparen? Ich glaube, die 220 000 Beamten im Land und auch die Pensionäre haben ein großes Interesse daran, zu wissen: Was kommt vonseiten der Grünen auf uns zu?

Dasselbe gilt für die SPD-Fraktion. Kollege Maier hat in der zurückliegenden Debatte geäußert, man müsse im Lichte der Finanzplanung für das Jahr 2015 prüfen, was möglich ist und was sich mit dem Haushalt verträgt. Diese Position kann man einnehmen. Sie verträgt sich allerdings nicht mit dem Alarmismus des Finanzministers in seiner Kassensturzrede, als er erklärte: Da kommen Katastrophen in biblischem Ausmaß auf uns zu, und es besteht allerhöchster Handlungsbedarf. Wenn man das einerseits erklärt, Herr Kollege Maier, kann man nicht andererseits sagen: Wir warten einmal, was 2015 möglich ist.

Auch Staatssekretär Rust hat sich in der angesprochenen Debatte sehr zurückhaltend geäußert. Er sprach von einer Gesamtschau im Jahr 2020, von einem grundlegenden Sanierungskonzept, in dem die Pensionsverpflichtungen nur ein Baustein seien.

(Glocke des Präsidenten)

– Meine Rede ist gleich zu Ende. Vielen Dank.

Da drängt sich doch der Verdacht auf, dass das auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden soll. Auch diese sehr zurückhaltende, sehr abwartende Position verträgt sich in keiner Weise mit dem Alarmismus des Finanzministers in seiner Kassensturzrede.

Zusammengefasst: Ich denke, durch die Steuermehreinnahmen haben wir Handlungsspielraum. Wir sind uns inhaltlich, von den Positionen her, einig. Deshalb bitte ich – wir tun damit auch dem Rechnungshof einen Gefallen – um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Köbler das Wort.

Abg. Joachim Köbler CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute zum zweiten Mal mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, der auf eine Erhöhung des monatlichen Zuführungsbetrags in den Versorgungsfonds von 500 auf 1 200 € pro neu eingestelltem Beamten ausgerichtet ist. Die CDU-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf – auch vor dem Hintergrund der Steuermehreinnahmen – in vollem Umfang zu.

Der Rechnungshof hat uns in der Vergangenheit schon öfter gemahnt, Vorsorge für künftig anfallende Pensionsleistungen zu treffen. Wir betrachten es gerade im Hinblick auf die exponentierenden Steigerungen der Pensionslasten als ausgesprochen notwendig und als eine Voraussetzung für Finanzstabilität, dies jetzt zu tun.

Ich will an einem Beispiel aufzeigen, wie dramatisch die Entwicklung bei den Pensionslasten ist. Wenn die Zuführung zum

Fonds bis 2020 so bleibt, wie sie ist, werden wir im Jahr 2020 rund 3,3 Milliarden € zur Verfügung haben. Im Jahr 2020 werden aber Pensionslasten von über 6 Milliarden € entstehen. Wenn wir dann die 3,3 Milliarden € nehmen, um Pensionslasten zu decken, erreichen wir nur eine Quote von etwa 60 %, und dann wäre nichts mehr da.

Ich will Ihnen noch ein paar Daten nennen und sie erklären, weil ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir uns die dramatische Entwicklung noch einmal klarmachen. Im Jahr 2020 wird der Haushalt des Landes mit über 6 Milliarden € und im Jahr 2030 mit 7,7 Milliarden € durch Versorgungsausgaben belastet. Das bedeutet innerhalb von 20 Jahren eine Erhöhung um 140 %. Ich habe schon bei der Ersten Beratung gesagt: Der Anteil der Versorgungsausgaben am Gesamthaushalt liegt bei 10 %. Jeder zehnte Euro wird für Pensionen aufgebracht.

Das ist nur der Anfang. Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Der Anteil der Versorgungsausgaben an den Personalausgaben hat sich in 27 Jahren verdoppelt und liegt jetzt bei 26 %. Natürlich können Sie diesen Anteil auch dadurch senken, dass Sie die Personalausgaben erhöhen. Dann wird der Nenner größer und damit der prozentuale Anteil der Versorgungsausgaben geringer. Ein gutes Beispiel sind die zusätzlichen Personalausgaben. Sie wollen weitere 6 000 Lehrer – das entspricht einem Volumen von 360 Millionen € – einstellen. Mit dem, was darüber hinaus für diese Lehrer in Zukunft an Pensionszahlungen zu leisten ist, satteln Sie noch mehrere Milliarden Euro auf die Pensionslasten drauf.

Wenn wir gerade beim Thema Generationengerechtigkeit sind, will ich Ihnen zwei Sätze Ihres heutigen Finanzministers aus dem Jahr 2007 zitieren. Er sagte im Rahmen der Gesetzgebung für das Pensionsfondsgesetz:

Die Generationengerechtigkeit wird also durch dieses Pensionsfondsgesetz des Landes vorangebracht.

Dann heißt es weiter – ich zitiere –:

Deshalb geht dieser Gesetzentwurf der Landesregierung auch nicht weit genug. Denn die Landesregierung will als Vorsorge für den neu einzustellenden Beamten nicht etwa den notwendigen Zuschlag an den Pensionsfonds abführen, sondern einen Pauschalbetrag, der die Pensionsausgaben des Beamten nur unzureichend abdeckt.

Sie verlangten also damals mehr als das, was wir ins Gesetz geschrieben haben – es war aber vor allem richtig, damit anzufangen.

Ich kann Ihnen weitere Presseerklärungen Ihres SPD-Landesverbands zeigen. Darin steht: Sie wollen, dass für jeden neu eingestellten Beamten der versicherungsmathematische Versorgungsanteil monatlich eingezahlt wird. Das ist entschieden mehr, als dieser Gesetzentwurf verlangt.

Falls es Sie interessiert, schlage ich Ihnen vor, bei Google einzugeben: „Pensionsfonds, Baden-Württemberg, SPD“. Da werden Sie auf eine gewaltige Menge an Treffern kommen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wenn man „SPD“ eingibt, hat man immer viele tolle Treffer!)

– Lieber Walter Heiler, das musste ja kommen.

(Joachim Kößler)

Ich will Ihnen aber ganz klar sagen: Wir stehen dafür, dass wir unsere Leistungen in Zukunft erbringen.

Zum Schluss ein Zitat, weil Sie dem Landesrechnungshof bisher immer gefolgt sind.

(Glocke des Präsidenten)

– Ganz kurz noch ein Satz. – Ich verstehe gar nicht, warum sich Ihr Verhältnis zum Landesrechnungshof so geändert hat. Ich zitiere dazu ein Gedicht von Manfred Rommel. Im Original heißt es „Stoßgebet der Bürgermeister“.

(Abg. Walter Heiler SPD: Um Gottes willen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war der Heiler, oder?)

*Schütz uns vor Rheuma, Grippe, Gicht
und vor der Kommunalaufsicht.*

Für die Landesregierung gilt jetzt Folgendes: Schütz uns vor Rheuma, Grippe, Gicht und vor allem vor der Finanzaufsicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach unserer Auffassung müssen wir die Frage der Nachhaltigkeit der Pensionen unter zwei Aspekten betrachten. Diese zwei Aspekte hat meine Fraktion schon seit dem Jahr 2006 in diesem Haus thematisiert, allerdings ohne die Zustimmung der FDP/DVP.

Ein Aspekt bezieht sich darauf, wie wir eine bessere Vorsorge für künftige Pensionsverpflichtungen schaffen. Dass die Zuführung zum Pensionsfonds angehoben werden muss, ist keine Frage. Das ist auch keine Erkenntnis der FDP/DVP. Vielmehr hat der Rechnungshof in seiner Denkschrift erneut darauf hingewiesen. Wir müssen dies im Zusammenhang sehen und im Zusammenhang lösen. Mit einer Politik des Wunschzettels allein kommen wir hierbei nicht weiter.

Deshalb muss zweitens die Frage lauten: Wie entlasten wir das Land von künftigen Pensionsverpflichtungen, indem wir eine für die Beamten zumutbare schrittweise Anpassung an die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung erreichen?

In diesem Zusammenhang nenne ich das Stichwort Beihilfe. Allein von 2010 auf 2011 sind die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger von 578 Millionen € auf 629 Millionen € angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 8,8 % in einem einzigen Jahr, und es ist kein Ende in Sicht; denn die Kosten für die medizinische Versorgung im Alter steigen schneller als das Sozialprodukt.

Wer bei diesem Thema wirklich vorankommen will, muss das Ganze im Zusammenhang betrachten, Herr Dr. Rülke. Wir werden dies auch tun und im Zusammenhang eine Lösung herbeiführen.

(Beifall bei den Grünen)

Dies werden wir zusammen mit den Beschäftigten und ihren Vertretern tun. Wir werden mit den Beschäftigten und deren Organisationen sehr zeitnah darüber sprechen, wie ein zumutbarer Beitrag der Pensionäre aussehen kann, damit auch die heute jungen Kolleginnen und Kollegen später mit einer vernünftigen und angemessenen Pension rechnen können.

Herr Dr. Rülke, die Umsetzung Ihres Gesetzentwurfs würde bis zum Jahr 2020 Kosten in Höhe von rund 1,5 Milliarden € verursachen. Sie unterbreiten jedoch keinen Finanzierungsvorschlag. Auch bei der Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss haben Sie keinen Finanzierungsvorschlag vorgelegt. Das heißt, diese Kosten von etwa 1,5 Milliarden € bis zum Jahr 2020 würden zu der Deckungslücke von über 8 Milliarden €, die Sie uns hinterlassen haben, hinzukommen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir einen strukturellen und nachhaltigen Finanzierungsvorschlag brauchen. Der Verweis auf die momentanen Steuermehreinnahmen ist in jeder Hinsicht ungenügend, zumal die FDP/DVP zugleich auch noch die Nullverschuldung einfordert. Das ist in Ordnung, und das ist ein richtiges Ziel, an dem wir arbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Ziel auch erreichen werden.

Ich sage Ihnen aber: Mehr ausgeben, wie Sie es hier begehren, Steuern senken, wie es Ihre Partei ständig fordert, und gleichzeitig der sofortige Schuldenstopp, das ist das kleine Einmaleins der FDP, das auch die deutsche Hausfrau in Baden-Württemberg, in Berlin und überall längst als Schwindel durchschaut.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich betone nochmals, dass das Thema Pensionslasten wichtig ist. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, haben aber seit Jahren, ja seit Jahrzehnten weggeschaut und die Dinge treiben lassen. Genau deshalb haben wir heute ungedeckte Schecks in Höhe von 70 Milliarden €, die Sie ausgestellt haben, ohne für eine Deckung zu sorgen.

Meine Damen und Herren, wir werden das Thema voranbringen, aber verantwortlich, im Zusammenhang und im Sinne der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik sowie im Sinne der Sicherung von auch künftig angemessenen Pensionen für unsere Beamtinnen und Beamten.

Herr Dr. Rülke, ich habe keine Andeutung gemacht. Vielmehr ist das Thema einfach zu komplex, als dass man kurzfristig denken, nur einseitig die Steuermehreinnahmen betrachten und einfach etwas vorschlagen könnte, ohne sich um die anderen Themen zu kümmern.

Ich gehöre diesem Haus nun seit fünf Monaten an. Ich wundere mich sehr darüber, dass Menschen, Parteien und Fraktionen, die 57 Jahre lang in diesem Haus etwas zu sagen hatten, die Dinge so haben treiben lassen. Ich finde, Ihr Wechsel in die Opposition hat Ihnen und auch dem Land gutgetan. In diesem Sinn werden wir sehr konkrete Vorschläge machen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie sprechen, als wären Sie schon 50 Jahre dabei!)